

Ungarns neue Stellung

Autor(en): **Török, Arpad**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-158776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ungarns neue Stellung.

Von Arpad Török.

In diesem Aufsatz spiegelt sich die amtliche ungarische Auffassung und ihre Auslegung der Dinge.

Die Schriftleitung.

Das Ausland war gewöhnt, Ungarn von dem Revisionskomplex aus zu betrachten. Seither ist bereits in drei Fällen die Revision vorgenommen worden, die dem Land beträchtlichen Gebiets- und Bevölkerungszuwachs gebracht hat. Nun wird man sich auch im Auslande die Frage vorlegen: wie stellt sich Ungarn jetzt zur Welt und seinen eigenen Nachbarn? Es war durchaus falsch, wenn geglaubt worden ist, die ungarischen Revisionsbestrebungen seien lediglich eine Gefühlsangelegenheit gewesen und wären von keiner realen Notwendigkeit bestimmt. Man bestritt die Zwangsläufigkeit dieser Politik zumeist mit dem Hinweis, die Donaufstaaten könnten eine Art Föderation eingehen, in der sich dann die Nachteile der nach dem Weltkrieg geschaffenen Lage von selbst aufheben würden. Dieses ansprechende Argument hatte nur den einen Fehler, daß es die gewaltigen machtpolitischen Unterschiede übersah, die sich in einem solchen Bund gänzlich zum Schaden Ungarns hätten auswirken müssen. Ungarn ist in Trianon zu einem Kleinstaat mit sehr beschränkten wirtschaftlichen Kraftquellen herabgedrückt worden. Die Nutznießer seines Unglücks waren gut gerüstete Mittelstaaten und Günstlinge der damaligen europäischen Vormacht. In einem Bund hätten sie ihre Machtstellung Ungarn gegenüber noch besser ausnützen können, als das bereits ohnehin geschehen ist. Denn in den zwanzig Jahren nach dem Weltkrieg hat man nichts unterlassen, um Ungarn für alle Zukunft zu einem kraft- und machtlosen Gebilde herabzudrücken. Die Politik, die von den Siegerstaaten Deutschland gegenüber geführt worden ist, war auch in Zeiten seiner Ohnmacht viel nachgiebiger als die Ungarn gegenüber geführte. Die magharischen Volksgruppen waren der Willkür ihrer Staaten schutzlos ausgeliefert, die wirtschaftliche Ausplünderung des Landes nach der Kommunistenherrschaft, die Enteignung ungarischen Besitzes in den neuen Staaten wurde nicht wiedergutmacht. Die militärische Gleichberechtigung des Landes war auch nur zu erreichen, als das alte europäische Gleichgewicht bereits in allen Fugen krachte. Solange das Land zu einer solchen Machtlosigkeit verurteilt war, konnte seine Zukunft unmöglich gesichert werden. Daraus ergab sich zwangsläufig die Forderung nach Revision, die, abgesehen von der machtpolitischen Seite, schon mit Rücksicht auf die ethnographische Lage des Karpathenbeckens gerechtfertigt war.

Friedensfreunde im Auslande erblickten in der konsequenten Geltendmachung ungarischer Revisionsansprüche eine ständige Kriegsgefahr, und

das ist wohl mit ein Grund, warum es auch neutrale Beobachter gegeben hat, die mit einem gewissen Unmut und mit Sorge diese Politik verfolgt haben. Sie meinten, die ungarische Revisionspolitik sei ein gefährlicher Nährboden und übersahen, daß dieser nicht in der ungarischen Forderung, sondern in den tatsächlichen Verhältnissen des Donaauraumes lag.

Die inferiore Lage, in der sich Ungarn bisher befand, gehört der Vergangenheit an. Heute ist Ungarn ein starker Mittelstaat, wie sich Außenminister Graf Csáky ausgedrückt hat, während die ihm bisher überlegenen kleinen Nachbarstaaten wesentlich geschwächt dastehen, oder, wie im Falle Jugoslawiens, Ungarn höchstens gleichwertig sind.

Wenn das richtig ist, was wir über Ungarns vergangene Politik gesagt haben, so wird man sich logischerweise die Frage stellen müssen: wie stellt sich Ungarn jetzt zur Welt und zu seinen kleinen Nachbarn, nachdem die Voraussetzungen zur bisherigen Revisionspolitik weitgehend verschwunden sind? Es ist gewiß, daß breite Schichten der ungarischen öffentlichen Meinung unter Revision eigentlich die Wiederherstellung des St. Stephansreiches, wie es vor dem Weltkrieg bestand, verstehen. Diese Auffassung eines Teils der öffentlichen Meinung drang auch ins Ausland, wo man den ungarischen Revisionskomplex vielfach von dieser Seite aus betrachtet hat. Nun ist dem aber durchaus nicht so, daß man in Ungarn unter Revision immer nur restitutio in integrum verstanden hätte. Es war in Ungarn zwar niemals sehr volkstümlich, zwischen totaler Wiederherstellung und Revision einen Unterschied zu machen; dieser Unterschied ist aber gleichwohl immer wieder gemacht worden und zwar zu einer Zeit, als die Revisionsaussichten fast auf dem Nullpunkt standen. Die erste große Autorität im Auslande, die sich für die ungarischen Revisionswünsche eingesetzt hat, Lord Rothermere, trat für eine Grenzziehung auf Grund der ethnischen Lage ein. Es wurde damals auch eine Landkarte mit der sogenannten Rothermere-Linie verfertigt, die in Ungarn stark verbreitet und mit dem Bilde Rothermeres in zahlreichen Schaufenstern der Städte zu sehen war. Im Jahre 1933 hat der ehemalige Ministerpräsident Ungarns, Graf Bethlen, dessen Autorität niemals erschüttert war, in England einen Vortrag über die ungarische Revisionsfrage gehalten. Bethlen hat ganz bewußt mit der Forderung nach totaler Wiederherstellung gebrochen und anerkannte das Recht der von Ungarn abgetrennten nichtmagharischen Völker, über ihre Staatszugehörigkeit in freier Abstimmung selbst zu entscheiden. Er forderte allerdings bedingungslose Rückgabe des abgetrennten magharischen Volksbodens, erkannte aber, daß Siebenbürgen ein besonderes Problem sei, dessen Lösung außergewöhnliche Mittel erfordere. Auch Graf Paul Teleki, der gegenwärtige Ministerpräsident, hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er unter Revision keine totale Wiederherstellung verstehe. Bereits im Jahre 1926 hielt er in Berlin im dortigen Ungarischen Institut einen Vortrag über Ungarns weltpolitische Stellung, der im

gleichen Jahr in der Zeitschrift für Geopolitik und wiederholt auch in ungarischer Sprache erschienen ist. Die ungarische Politik stellte er in die weite Perspektive der historisch-geographischen Lage des Landes, die auch für die Realpolitik bestimmend sein müsse. Daraus folgt aber — nach Teleki —, daß man sich nicht steif an jene Form halten kann, in der sich der ungarische Staatsgedanke vor dem Weltkrieg offenbarte, denn dies wäre eine Utopie. Der Sinn der ungarischen Politik sei vielmehr: Widerstand leisten gegen die künstliche Verstärkung eines vorübergehenden Gleichgewichtszustandes. Der Gedanke, daß das nach dem Weltkrieg geschaffene Gleichgewicht nur labil und ungesund sei, kehrt in seinen Schriften immer wieder. Die Revision, heißt es dort, sei schon aus diesem Grunde eine allgemein-europäische Notwendigkeit. In einem in Breslau im Jahre 1929 gehaltenen Vortrag betonte er jedoch: es sei klar, daß unter Revision nicht *restitutio in integrum* zu verstehen sei, also die Wiederherstellung des Zustandes, wie er in der Vorkriegszeit bestanden habe.

Nun wird man sich logischerweise die Frage stellen müssen, wie denn das amtliche Ungarn heute über diesen Gegenstand denkt? Hat man einen Strich unter die Vergangenheit gesetzt? Ist man bereit, sich mit der neugeschaffenen Lage als einer endgültigen abzufinden, oder erachtet man in alldem, was bisher geschehen ist, nur Stufen, die zur totalen Revision führen müssen? Man wird natürlich vergeblich nach einer autoritativen Erklärung Ausschau halten, die in unzweideutiger Form eine Antwort auf diese Frage enthält. Das ist aber durchaus zu begreifen. Schließlich ist in dieser Frage auch noch eine freundschaftliche Verständigung mit Jugoslawien nicht ausgeschlossen. Andererseits könnte ein endgültiger Verzicht erst ausgesprochen werden, wenn auch die Anderen in der getroffenen Neuregelung einen endgültigen Zustand erblicken und darauf auch ihre Innenpolitik einstellen. Immerhin ist seit dem Wiener Schiedsspruch so manches gesagt und geschrieben worden, daß man genügend Anhaltspunkte für die Beantwortung der hier aufgeworfenen Frage finden kann.

Bereits am 30. August, als die ungarischen Regierungsmänner nach dem Wiener Schiedsspruch heimkehrten, erklärte Außenminister Graf Csáthy auf der Grenzstation Hegheshalom, was jetzt geschehen sei, bedeute die Aussöhnung der Völker und, wie er hoffe, auf lange Zeit. Es sei ein gerechter und nüchterner Ausgleich zustande gekommen, der nicht nur der ungarischen, sondern auch der anderen Nation — der rumänischen — Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten biete. Auf der nächsten Station betonte er, Ungarn habe ein Gebiet zurückbekommen, das mit dem alten die Grundlage des Friedens und Fortschrittes bilden könne. Auch in seinem Bericht vor dem ungarischen Parlament hat Graf Csáthy gleiche Töne angeschlagen. Er hob die kommenden Friedensaufgaben besonders hervor, sprach von einer neuen Ära im Verhältnis zu Rumänien und betonte, daß es nicht an Ungarn liegen werde, wenn das ungarisch-rumä-

nische Verhältnis den Grad der Freundschaft, wie er durch die natürlichen Gegebenheiten diktiert sei, nicht erreichen sollte. Dieser Gedanke kehrt auch in einem Aufsatz zurück, den er in einer Zeitschrift veröffentlichte. Hier schreibt Csáky u. a.: nach erfolgter Lösung der Gebietsfragen wollen wir nicht Gefängniswärter, sondern gute Nachbarn, ja Freunde aller unserer Nachbarstaaten sein. Der Wiener Schiedsspruch hat den Weg für die ungarisch-rumänische Zusammenarbeit frei gemacht.

Findet man nirgends einen Hinweis auf eine etwaige Fortsetzung der Revisionsbewegung, so gibt es weitere Anhaltspunkte, aus denen man auf einen Wandel in dieser Frage schließen kann. Wohl kann man, wie gesagt, auf eine freundschaftliche Verständigung mit Jugoslawien in Bezug auf eine Grenzberichtigung noch hoffen; diese Frage enthält aber längst kein Spannungsmoment mehr. Die Beziehungen zu Jugoslawien haben sich in der letzten Zeit, seit ungefähr einem Jahr, besonders herzlich gestaltet, und man kann aus all dem, was nach dieser Richtung geschehen ist, den Schluß ziehen, daß es sich dabei um eine grundlegende und keineswegs vorübergehende Einstellung der beiden Staaten handelt. Bei der gegenwärtigen völkerrechtlichen Stellung der Slowakei kommen Revisionsansprüche ungarischerseits gar nicht in Frage. Aber auch jener Teil der öffentlichen Meinung, der noch immer sehr viel auf historisches Recht hält, empfindet höchstens den Verlust Preßburgs als schmerzlich, verspricht sich aber kaum Vorteile von einer etwaigen Rückgliederung der Slowakei. Schließlich ist nicht zu übersehen, daß die Achsenmächte die gegenwärtigen rumänischen Grenzen garantiert haben. Die Garantie gilt natürlich auch für die neue ungarisch-rumänische Grenze. Mit der betonten Achsenpolitik Ungarns wäre es nicht zu vereinbaren, wenn Ungarn Rumänien gegenüber weiterhin Revisionsansprüche stellen oder auch nur eine nennenswerte Bewegung im Inlande dulden würde, die ein solches Ziel verfolgt.

Zwanzig Jahre hindurch war die öffentliche Meinung auf die Revisionsansprüche abgestimmt. Die Revisionsbewegung erfreute sich einer tatkräftigen Unterstützung seitens der Regierung. In diesen zwei Jahrzehnten hat es wohl Zeiten gegeben, in denen sich die Regierung nach außen hin in dieser Frage große Reserve auferlegte, um die außenpolitische Lage des Landes nicht zu erschweren. In den letzten Jahren, insbesondere seit der Ministerpräsidentenschaft Gömbös', hat aber auch die Regierung immer mutiger ihre revisionistische Einstellung öffentlich bekannt. Vermochte sie die öffentliche Meinung immer zu lenken und zu beeinflussen, so ist das heute in erhöhtem Maße möglich. Die weitere Einstellung der öffentlichen Meinung hängt somit weitgehend von dem Stichwort ab, welches von der Regierung ausgegeben wird. Nun, das neue Stichwort, welches nach dem Wiener Schiedsspruch ausgegeben worden ist, lautet nicht mehr wie bisher, Verwirklichung der nationalen Ansprüche, sondern Erfüllung einer Mission, die Ungarn und dem Magyaren-

tum zwischen Ost und West gestellt ist. Gleich nach der Rückkehr aus Wien haben Graf Teleki und Graf Csáky von den neuen Aufgaben gesprochen, die dem Lande gestellt sind. Beide haben darauf hingewiesen, daß es sich um durchaus ernste und schwere Aufgaben handelt. Auch in ihren Berichten vor der gesetzgebenden Körperschaft haben sie auf die neue Mission hingewiesen. Die Mission, die Ungarn im Donaauraum in der Vergangenheit erfüllte und nun wieder zu erfüllen hat, kehrt in den verschiedenen staatsmännischen Äußerungen immer wieder zurück. In Klausenburg wurde sie vom Ministerpräsidenten genau so berührt, wie vom Reichsverweser selbst. In dem bereits erwähnten Artikel des Außenministers Graf Csáky ist u. a. auch davon die Rede, daß Ungarn der südöstliche Pfeiler der neuen europäischen Ordnung sein werde.

War die Revisionsbewegung seinerzeit die natürliche Folge einer schwierigen geographisch-politischen Lage, so ist es auch heute keine Schöngestei und keine bloße Gefühlsangelegenheit, wenn nicht mehr von den unerfüllten nationalen Ansprüchen, sondern von den neuen und schweren Aufgaben des Landes gesprochen wird. Das frühere Gleichgewicht im Donaubecken hat sich zu Gunsten Ungarns verschoben. Gleichzeitig trat aber auch eine Verschiebung im Gleichgewicht des europäischen Ostens ein. Soll sich der veränderte Gleichgewichtszustand hier nicht zum Nachteil Ungarns und der übrigen Donaustaaten auswirken, so müssen diese Staaten als eine Art geopolitische Einheit zu einem selbständigen Faktor dieses neuen Gleichgewichtszustandes werden. Dazu kann es aber nur kommen, wenn diese Staaten durch keinerlei tiefgreifende Gegensätze voneinander getrennt sind. Es war also notwendig, diese Gegensätze zu beheben. Und sicherlich haben sich die Achsenmächte zu dem in Wien getroffenen Schiedsspruch auch mit Rücksicht auf den neuen osteuropäischen Gleichgewichtszustand entschlossen. Tatsächlich wurden dadurch die wichtigsten Gegensätze aus der Welt geschafft. Aus den angeführten Erklärungen ist ersichtlich, daß Ungarn sich dieses Zusammenhanges bewußt und gewillt ist, alles zu unternehmen, damit es zu dieser geopolitischen Einheit kommen möge. Bei der Stellung, die Ungarn den Achsenmächten gegenüber einnimmt, ist es nur zu selbstverständlich, wenn an dieser Aufgabe auch positiv gearbeitet wird, wenn Ungarn die Rolle, südöstlicher Pfeiler der neuen europäischen Ordnung zu werden, freiwillig übernimmt.

Mit dieser Entwicklungsrichtung und den ungarischerseits betonten Absichten, auch mit Rumänien in gutnachbarliche Beziehungen zu treten, stehen die Ausweisungen von Magyaren aus Rumänien und von Rumänen aus Ungarn nicht im Einklang. Die Ursache kann aber unmöglich auf ungarischer Seite gefunden werden. In Ungarn hat man lange vor der Rückgliederung Nordsiebenbürgens auf die öffentliche Meinung in dem Sinne eingewirkt, daß sie die gegenwärtigen und zukünftigen Nationalitäten des Landes mit Verständnis behandeln solle. Bei dem Einmarsch ungarischer Truppen sind auf dieselben vereinzelt Angriffe

aus dem Hinterhalt vorgekommen, die selbstverständlich energische Maßnahmen nach sich zogen, von denen aber die friedliche rumänische Bevölkerung nicht betroffen wurde. In der tragischen Seelenverfassung, in welcher sich die öffentliche Meinung in Rumänien befand, hat man die ungarischen Maßnahmen außerordentlich aufgebauscht und damit in Rumänien die stimmungsmäßige Grundlage für Atrozitäten und Ausweisungen geschaffen. Letztere dürften auch mit den dort eingetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusammenhängen. Ungarischerseits hat man nicht nur auf die Unwahrhaftigkeit der rumänischen Berichterstattung hingewiesen, sondern auch die Einstellung der Ausweisungen gefordert. Zu diesem Zwecke wurde auch Bischof Basilie Hossu zur Bukarester Regierung gesandt. Erst nachdem diese Schritte erfolglos geblieben waren, griff die ungarische Regierung zu Gegenmaßnahmen. Nun haben sich aber beide Regierungen an die Achsenmächte gewandt, die im Sinne des Wiener Schiedsspruches allenfalls einen Ausgleich zustande bringen werden. Bereits seit dem Einmarsch deutscher Truppen in Rumänien ist eine merkliche Entspannung eingetreten.

Hinsichtlich des Durchmarsches dieser Truppen liegt keine amtliche ungarische Erklärung vor. Es besteht kein Zweifel, daß der Transport dieser Truppen auf der Donau erfolgt ist. Bei der internationalen Stellung der Donau als Fahrstraße kann es nicht Aufgabe der Uferstaaten sein, fahrende Schiffe zu untersuchen. Zur Frage, ob deutsche Truppen auch auf dem Festland durchgefahren sind, hat man weder amtlich noch in den Zeitungen Stellung genommen. Aber auch abgesehen davon, ob deutsche Truppen durch ihren Durchmarsch die ungarische Neutralität berührt haben, hat die ungarische Regierung immer offen zugegeben, daß das Land fest hinter der Achse steht und an einem Sieg dieser Mächtegruppe interessiert ist. Seitdem die Vereinigten Staaten die offene Unterstützung Großbritanniens mit ihrer Neutralität für vereinbar erachten, wird man auch die ungarische Haltung, selbst im Falle eines festländischen Durchmarsches deutscher Truppen, anders beurteilen müssen. Vor allem handelt es sich bei dem Einmarsch in Rumänien, beiderseitigen amtlichen Erklärungen zufolge, nicht um eine Kriegshandlung. Allein die rumänische Regierung hätte ein Recht, die ungarische Haltung zu prüfen.

Wird sich die europäische Entwicklung auch wirklich in der bereits eingeschlagenen Richtung vollziehen, dann wird der akute Streit zwischen Ungarn und Rumänien leicht aus der Welt zu schaffen sein, und einer Befriedung des Donauraumes wird nichts mehr im Wege stehen. Daran ist aber, wie das zahlreichen Erklärungen zu entnehmen ist, die Achse ganz besonders interessiert. Aus all dem, was hier ausgeführt worden ist, wird allenfalls auch der ausländische Beobachter, der bisher geneigt war, in der ungarischen Revisionsbewegung eine Gefahr für den Frieden zu erblicken, doch die Überzeugung gewinnen, daß dieses Land eine Stütze des Friedens

ist und auch bleiben will. Und dies nicht nur, weil seine Staatsmänner von dieser Aufgabe durchdrungen sind, sondern auch deshalb, weil sie sich aus der neuen Lage des Landes zwangsläufig ergibt.

Einige Probleme der Wirtschaft Britisch-Indiens.

Von Hermann Flury.

Der Krieg zwischen den Achsenmächten und dem Britischen Weltreich hat Britisch-Indien neuerdings in verstärktem Maße in unser Blickfeld gerückt. Einige Angaben über Entwicklung und Stand der britisch-indischen Wirtschaft dürften deshalb von Interesse sein.

Wir schicken voraus, daß vor 1914 Indien wesentlich ein Freihandelsland mit einem niedrigen Zoll zu rein fiskalischen Zwecken war. Zwar war der Grundsatz des Freihandels in einem Punkte frühe verlassen worden. Als nämlich Baumwollgewebe aus dringenden fiskalischen Gründen mit einem kleinen Einfuhrzoll belegt werden mußten, konnte Lancashire vermittlest seiner politischen Einflusses die Auflage einer entsprechenden Akzise auf indischen Baumwollfabrikaten durchdrücken. Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß gerade diese Maßnahme während langen Jahren den indischen Politikern als willkommene Illustration des angeblich willkürlichen Regiments der Engländer gedient hat. Seine Handlungsfähigkeit in zollpolitischer Hinsicht erlangte Indien mit dem Inkrafttreten der abgeänderten Verfassung von 1919. Indien ging nun alsbald zum Schutzzoll über, allerdings zu einem Schutzzoll „je nach Bedarf“. So liegt es auf der Hand, daß die Jute-Industrie, in der Indien aus natürlichen Gründen eine monopolartige Stellung einnimmt, nicht des gleichen Schutzes bedarf, wie z. B. die Baumwoll-Industrie mit Konkurrenten wie England selber, Deutschland, Italien und vor allem Japan. Diese schutzöllnerische Politik zeitigte nun eine sehr rasche industrielle Entwicklung Indiens. Die nachfolgenden Ausführungen sollen dies mit bezug auf die hauptsächlichsten Industriezweige etwas näher darstellen¹⁾.

1. Die Baumwoll-Industrie.

Als Produzent und Lieferant von Rohbaumwolle folgt Indien bekanntlich sofort nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. In der

¹⁾ Wir stützen uns bei unsern Ausführungen auf einen vor einiger Zeit in der "Monthly Review" der Blochs Bank Ltd. London erschienenen Aufsatz von Sir Stanley Reed, langjährigem Chefredakteur der "Times of India", Bombay.